

WAHLPROGRAMM DER FREIEN WÄHLER SAARLAND ZUR LANDTAGSWAHL 2017

FREIE WÄHLER Saarland – Zukunft für unser Land

Wir FREIEN WÄHLER sehen die Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt unserer Politik. Wir kümmern uns um die Probleme und Sorgen der Menschen vor Ort und sind entschlossen, unserem Saarland eine bessere und aussichtsreichere Zukunft zu ermöglichen. Wir treten zur Landtagswahl an, um ohne Parteideologie im Interesse aller Menschen in Deutschland sachbezogen Politik zu gestalten. Wir wollen Alternativen aufzeigen und der Landespolitik neue Orientierung geben.

Wir FREIEN WÄHLER sind Bürger aus der Mitte der Gesellschaft, die politische Verantwortung zum Wohle der Menschen in unserem Land übernehmen wollen. Wir wollen die Bürger stärker in politische Entscheidungsprozesse einbeziehen und die direkte Demokratie stärken.

Wir wollen eine Bürgergesellschaft, die sich in Freiheit entfalten kann, in der der Zusammenhalt unter den Menschen wieder wächst und in der unsere Werte wie Solidarität, Toleranz und Weltoffenheit gestärkt werden. Wir wollen Bewährtes erhalten und mit den Anforderungen der modernen Gesellschaft in einer globalisierten Welt vereinen.

Unsere Politik stellt den Menschen und dessen Wohl in den Mittelpunkt. Durch unsere starke kommunale Verwurzelung können wir unsere, über Jahre gesammelten Erfahrungen aus Rathäusern und Kommunalparlamenten, einbringen. Um das gesellschaftliche Zusammenleben im Saarland zu gestalten, schaffen wir Rahmenbedingungen, die jedem Einzelnen die faire Chance bieten, sein Leben in Eigenverantwortung und nach seinen Wünschen zu führen. Ein Leben in Sicherheit und Freiheit sowie das Streben nach Wohlstand und Glück sind Grundbedürfnisse der Menschen und damit Auftrag unserer Politik.

Mit unserem Programm wollen wir dies verwirklichen und treten an zur
Landtagswahl am 26. März 2017.

Inhalt

1.	Gesunde Finanzen für das Saarland	3
1.1.	Kommunen finanziell entlasten!	3
1.2.	Umlagesystem der Gemeindesteuern reformieren!	4
2.	Bildungsstandort stärken, Familien entlasten.....	4
2.1.	Personelle und materielle Stärkung der Schulen!	4
2.2.	Bildungsangebote verbessern für bestmögliche Chancen im Leben!.....	5
2.3.	Kita-Angebot und Ganztagschulangebot ausbauen!.....	6
2.4.	Schulsozialarbeit als Pflichtaufgabe des Landes!	6
3.	Maßnahmen gegen Vollzugsdefizit	7
3.1.	Personelle und materielle Stärkung der Polizei	7
3.2.	Personelle und materielle Stärkung der Justiz.....	7
4.	Flüchtlinge und Asylbewerber	8
5.	Förderung der ländlichen Strukturen	10
6.	Funktionierende Verkehrswege und Infrastruktur	10
6.1.	Schnelles Breitband als Pflichtaufgabe des Landes!	10
6.2.	Rettungsschirm für unsere Straßen und Brücken!	11
6.3.	Ausbau der Nordsaarlandstraße	11
6.4.	Ausbau B41.....	12
6.5.	Kapazitätsanpassung im saarländischen Autobahnnetz	12
6.6.	Die Auftragsverwaltung im Verkehrsbereich stärken!	12
7.	Öffentlichen Personenverkehr	13
7.1.	ÖPNV	13
7.2.	Schienerfernverkehr	13
8.	Ärztmangel stoppen – wohnortnahe Gesundheitsversorgung erhalten	14
9.	Verlässliche Energiepolitik für Saarland	14
9.1.	Ausbau der dezentralen Energiegewinnung!	15
9.2.	Ausbau und Förderung von Energie-Speicher-Technologien!	15
9.3.	Elektromobilität voranbringen!.....	16
10.	Unsere Heimat Saarland	16
10.1.	Kultur und Brauchtum aktiv fördern!.....	16
10.2.	Anerkennung ehrenamtlichen Engagement.....	16
10.3.	Schöpfung bewahren und die natürlichen Lebensgrundlagen schützen!	17
10.4.	Kein „Fracking“ im Saarland!	17
10.5.	Keine Privatisierung unseres Trinkwassers!	18
10.6.	Effiziente Mülltrennungen nach dem „Trierer Modell“!	18
10.7.	Für eine gesunde Land- und Forstwirtschaft und eine Stärkung des Weinbaus!	18
11.	Mehr Bürgerbeteiligung, direkte Demokratie stärken	19
11.1.	TTIP und CETA sind Gefahr für Demokratie und Rechtsstaat!	19

1. Gesunde Finanzen für das Saarland

Laut Daten des statistischen Bundesamtes lagen die Gesamtschulden des Landes Ende 2015 bei unglaublichen 18,26 Milliarden Euro. Wenngleich Finanzhilfen von rund 500 Millionen Euro ab 2020 ein Fortschritt sind, bleibt das grundsätzliche Schuldenproblem des Landes bestehen, weil mit dieser Hilfe keine Altlasten-Regelung einhergeht. Bezogen auf die Einwohnerzahl wies am 31. Dezember 2015 Bayern mit 2.777 Euro die niedrigste, das Saarland mit 18.019 Euro die höchste Pro-Kopf-Verschuldung der Flächenländer aus, das sind knapp 140 Prozent mehr als der Bundesdurchschnitt (7.524 Euro)!¹ Zudem trägt das Saarland hinsichtlich der extrem hohen Verschuldung ein überproportional hohes Risiko hinsichtlich steigender Zinsen am Kapitalmarkt ... und seit Jahren steigt die Verschuldung trotz historisch günstiger Zinslage und steigenden Einnahmen kontinuierlich an.

Die Folge dieser Schuldenpolitik bekommen die Kommunen zu spüren: Mit steigendem Anteil der jährlichen Aufwendungen des Landes zur Zahlung des Schuldendienstes entfällt die Möglichkeit, die Kommunen finanziell angemessen zu unterstützen. In der Folge werden den Kommunen die Spielräume für eigene Investitionen und Gestaltung immer mehr eingeschränkt, weil immer mehr Aufgaben von Bund und Land ohne entsprechende Finanzierung auf die Kommunen übertragen werden. Auch die steigenden Kosten im gesamten Sozialbereich treffen sie in voller Härte und ohne die Möglichkeit, sich zu entlasten. In der Folge nimmt diese finanzielle Lage der Kommunen immer bedrohlichere Ausmaße an - trotz harten Sparkurses der Verwaltungen: Gebühren werden erhöht, Theater und Schwimmbäder geschlossen, öffentliches Eigentum veräußert, freiwillige Leistungen eingefroren. Diese verfehlte Politik bekommt der einzelne Bürger über Leistungseinschränkungen und Beitragserhöhungen zu spüren.

Wir FREIEN WÄHLER wollen im Landtag dafür sorgen, dass diese Schuldenpolitik beendet wird, um den einzelnen Kommunen wieder mehr finanzielle Handlungsspielräume zu verschaffen. Die FREIEN WÄHLER haben seit Bestehen des Landes in vielen Gemeinden, Kreisen und Städten den sparsamen und überlegten Umgang mit öffentlichen Geldern praktisch bewiesen.

1.1. Kommunen finanziell entlasten!

Wir werden uns auch im Landtag für einen verantwortungsvollen Umgang mit öffentlichen Mitteln einsetzen. Dort wird unsere besondere Aufmerksamkeit auf einer deutlich verbesserten Finanzausstattung der Kommunen liegen. Wir FREIEN WÄHLER fordern daher:

- eine Reform des kommunalen Finanzausgleichs mit dem Ziel, den Kommunen auch tatsächlich eine angemessene Finanzausstattung zu sichern!
- den Verbleib eines größeren Teils der aus dem gesamten Steueraufkommen resultierenden Einnahmen des Landes in den Kommunen!
- die strenge Einhaltung des Konnexitätsprinzips auf allen staatlichen Ebenen: Bund und Länder dürfen keine Normen setzen, die die Kommunen zu höheren Ausgaben zwingen, wenn sie diese Zusatzausgaben jedoch nicht angemessen ersetzen.
- die Entlastung der Städte und Gemeinden durch eine faire Verteilung der Sozialkosten auf Bund, Länder und Kommunen durch ein Bundesleistungsgesetz.
- ein striktes Handeln des Landes nach den Grundsätzen der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit. Prestigeprojekte müssen der Vergangenheit angehören. Der Staat als Unternehmer oder Finanzier gehört nicht zu den Zielvorstellungen der FREIEN WÄHLER.

¹ Quelle: Statistisches Bundesamt, Schulden des Öffentlichen Gesamthaushalts beim nicht-öffentlichen Bereich am 31.12.2015

- die Beschränkung des Landes auf die Kernaufgaben staatlicher Verwaltung und der Daseinsvorsorge. Die Bedienung von Lobbyisten- und Sonderinteressen ist nicht unser Anliegen.

1.2. Umlagesystem der Gemeindesteuern reformieren!

Um Transparenz in Steueraufkommen und Verbrauch zu bringen und um den Bürger damit sichtbar zu machen, wo seine kommunalen Steuern zu welchen Leistungen führen, sollte zudem das Umlagesystem der Gemeindesteuern umgestellt werden. Wir FREIEN WÄHLER fordern ein eigenes Heberecht auf die Grundsteuer bzw. Gewerbesteuer (evtl. auch Anteile der Einkommensteuer) für jede kommunale Ebene – also für die Gemeinden, die Verbandsgemeinde, die Kreise. Damit wird die Intransparenz der Verbandsgemeindeumlage und der Kreisumlage aufgehoben und Verantwortung mit Steuerheberecht verbunden.

2. Bildungsstandort stärken, Familien entlasten

Bildung ist die Grundlage einer modernen Gesellschaft und verschafft den Zugang zu Arbeit und Wohlstand. Wir FREIEN WÄHLER fordern daher ein optimales Bildungssystem mit größtmöglicher Chancengerechtigkeit. Unser Ziel: Chancen für alle Kinder, unabhängig ihrer sozialen Herkunft. WIR FREIEN WÄHLER sind der Überzeugung, dass ein gegliedertes Schulsystem bei weitem besser als die Einheitsschule spezifische Fördermöglichkeiten für die entsprechenden individuellen Begabungen der Kinder bietet. Damit jedes Kind auch tatsächlich seinen optimalen Bildungsweg gehen kann, sollen die Eltern beraten und die Bedingungen für die individuelle Förderung weiter verbessert werden. Wir FREIEN WÄHLER wollen eine Brücke schlagen zwischen einem arbeitsmarktbezogenen und einem humanistischen Bildungsideal. Die Schule soll nicht nur Wissen und Können, sondern auch Herz und Charakter bilden. Wir wollen unseren Kindern eine kulturelle Heimat und klare ethische Maßstäbe fürs Leben mitgeben. Werte machen stark für ein gelungenes Leben. Unsere Gesellschaft braucht selbständig denkende, kritische aber auch engagierte junge Menschen, die bereit und in der Lage sind, Verantwortung für sich und die Gesellschaft zu übernehmen.

2.1. Personelle und materielle Stärkung der Schulen!

Die Bildungseinrichtungen von der Kindertagesstätte über die verschiedenen Schulen bis zu den Hochschulen müssen personell und materiell so ausgestattet werden, dass sie auch der Bildungs- und Erziehungsaufgabe gerecht werden können. Hier besteht im Saarland erheblicher Handlungsbedarf! So bestätigt die aktuelle TIMSS-Studie den Grundschulern Deutschlands besorgniserregende Probleme mit Mathematik; hier seien sie im internationalen Vergleich abgerutscht und lägen nun unterhalb des EU-Durchschnitts. Nicht viel besser sähe es in den Naturwissenschaften aus. Auch im innerdeutschen Vergleich zeigen sich für das Saarland deutliche Handlungsbedarfe auf.

Trotz der großen Herausforderungen will das Bildungsministerium ab dem kommenden Schuljahr lediglich 68 Lehrerinnen und Lehrer einstellen, die meisten davon an Gemeinschafts- und Grundschulen. 13 zusätzliche Lehrkräfte sind für Gymnasien und zwölf für berufliche Schulen geplant.

Wir FREIEN WÄHLER sind überzeugt, dass dies nicht reichen wird und stehen deshalb für die schnellstmögliche Einstellung der erforderlichen Anzahl an qualifiziertem Betreuungs- und Lehrpersonal und die kontinuierliche Verbesserung im Bildungswesen, um so die Voraussetzungen für bestmögliche Ausbildung und Förderung unserer Kinder und Jugendlichen zu gewährleisten. Nur so werden wir im nationalen und internationalen Wettbewerb bestehen und unseren Kindern eine Zukunft sichern können.

Auch bei der Umsetzung der Inklusion (behinderte und nicht behinderte Menschen werden zusammen unterrichtet) zeigen sich erhebliche Probleme: Statt die Schulklassen deutlich zu verkleinern und das pädagogische Personal um sonderpädagogisches, pflegerisches und psychologisches zu ergänzen, läuft das hiesige Inklusionsmodell auf das „Einpassen“ in das bestehende System bis an die Grenzen des Zumutbaren für alle Beteiligten hinaus. Inklusionsorientierte Bildungspolitik kostet Geld und verursacht Mehraufwendungen. Wir FREIEN WÄHLER fordern daher, dass entweder mehr Geld in den inklusionsbedingten Umbau des Regelschulsystems investiert wird, um den gestellten Aufgaben gerecht werden zu können, oder aber die Rückkehr zur Förderschule. Die Förderschulen zu schließen, ohne aber die nötigen Investitionen in das bestehende Regelschulsystem zu tätigen, ist auf Dauer zum Scheitern verurteilt und wird die mit der Inklusion verfolgten Ziele nicht erreichen können. Wir FREIEN WÄHLER fordern daher:

- Einstellung von mehr Lehrern, auch für den Vertretungsunterricht!
- Verbot Vertretungslehrer als „Regellehrer“ einzusetzen – Vertretungslehrer sollen den regulären Lehrer vertreten und nicht ersetzen!
- gut ausgebildete Lehrer, keine „Aushilfskräfte“-Kräfte ohne echte Befähigung zum Lehramt!
- Umwandlung von Zeitverträgen in Daueranstellungen – „Ferienkündigungen“ abschaffen!
- Einstellung von sonderpädagogischen, pflegerischen und psychologischen Integrationskräften, um die Inklusion überhaupt verwirklichen zu können.

2.2. Bildungsangebote verbessern für bestmögliche Chancen im Leben!

Jedes Kind muss in der Schule ausreichend Deutsch sprechen, damit alle dem Unterricht folgen können. Wir FREIEN WÄHLER fordern eine verbindliche Vorschule mit dem Schwerpunkt der Spracherziehung. Eine Sprachförderung sollte auch den Eltern von Kindern mit Migrationshintergrund ermöglicht werden, damit diese ihre Kinder erfolgreich begleiten und diese selbst Chancen zur Entfaltung erhalten. Wir wollen die wohnortnahe Grundschule erhalten. Wir wollen unsere Grundschüler durch kleinere Klassen und den Ausbau des Ganztagsangebots noch stärker und individueller fördern. Darüber hinaus wollen wir mit einem Beratungsangebot für alle Schüler die Voraussetzungen für eine begabungsgerechte Schulwahl verbessern. Kleinere Klassen und ein flächendeckendes Ganztagsangebot werden eine intensivere Förderung ermöglichen. Verstärkt wird vor allem die gezielte Förderung der Kernkompetenzen Deutsch, Naturwissenschaften wie Mathematik, Englisch sowie der Sozialkompetenz. Der Erhalt der humanistischen Fächer an den Schulen und Förderung und Ausbau der alten Sprachen (Latein, Griechisch) ist uns ebenfalls wichtig. Im Übrigen halten wir FREIE WÄHLER nichts davon, bildungspolitische Experimente auf den Rücken der Schüler und Lehrer auszutragen. Das heißt für uns: Keine Experimente und Zusammenlegungen von Schulformen ohne ausdrücklichen Nachweis, dass diese bildungspolitisch notwendig und effizient sind! Wir FREIEN WÄHLER stehen zum gegliederten Schulsystem und fordern:

- Lehrpläne, die sich auf wirklich wichtige Grund- und Allgemeinbildung konzentrieren.
- Eine bessere Strukturierung der Anforderungen in den Klassen 1-4, d.h. weg vom Prinzip „Schmusekurs“, hin zum Leistungsprinzip als Vorbereitung auf die weitere schulische Laufbahn und das Leben.
- weg von G8 und zurück zu G9
- Festhalten am Prinzip des Fachunterrichts durch entsprechend ausgebildete Lehrer (Wer z.B. Physik auf Lehramt studiert hat soll auch Physik unterrichten und nicht Biologie!).
- mehr Studienplätze für sog. Mangelfächer (Kunst, Informatik, Chemie, Physik, Latein, Griechisch etc.) schaffen.

- begleitende Fortbildungsmaßnahmen für Lehrkräfte, die von gravierenden Veränderungen in Lehrplänen betroffen sind.
- Übergangsklassen für Flüchtlingskinder, um diese dort sprachlich auf die Regelklasse vorzubereiten.
- Erhalt von speziellen Förderschulen für Schwerstbehinderte.

Wir FREIE WÄHLER wollen, dass Universitäten und Hochschulen auch der Bildung von Persönlichkeit und eigenständiger Urteilskraft Platz einräumen und Muße für zweckfreies Denken erlauben. Vor diesem Hintergrund wollen wir die Modularisierung („Bologna-Prozess“) überdenken. Denn die Gesellschaft braucht nicht nur Absolventen, sondern Persönlichkeiten die in der Lage sind, Führungsfunktionen auch in Lichte der damit verbundenen Verantwortung ausüben zu können. Die Wirtschafts- und Finanzkrise der zurückliegenden Jahre hat gezeigt, dass fachliches Wissen alleine noch keine Führungsqualität ausmacht. Wir FREIEN WÄHLER fordern:

- die Rückkehr zu alten Studienabschlüssen darf kein Tabu sein!
- keine Genderprofessuren (bezeichnet Geschlechterforschung, die sich mit transsexuellen Theorien beschäftigt) und deren Studiengänge.
- Lehramtsstudium berufsbezogener gestalten.
- Studienplätze in der Medizin ausbauen.

2.3. Kita-Angebot und Ganztagsschulangebot ausbauen!

Wir FREIE WÄHLER sind geprägt vom europäischen Welt- und Menschenbild. Die Gemeinschaft aus Eltern und Kindern verdient unseren besonderen Schutz. Sie gilt es als das Fundament unserer Gesellschaft besonders zu stärken. Wir wollen mit unserer Politik Rahmenbedingungen schaffen, um ein familienfreundliches Klima herzustellen. Die Erziehung und Sorge für die heranwachsende Generation sind das natürliche Recht und die Pflicht der Eltern bzw. der Sorgeberechtigten. Der Staat soll Mütter, Väter und Sorgeberechtigte bei der Kindererziehung unterstützen. Sie müssen im Rahmen der Gesetze frei über die Gestaltung ihres Familienlebens entscheiden können. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist unser erklärtes politisches Ziel. Wir FREIE WÄHLER wollen deshalb im nächsten Landtag dafür sorgen, dass insbesondere das Betreuungsangebot für Kinder verbessert wird. Immer mehr Eltern, insbesondere alleinerziehende Mütter und Väter, sind auf ein funktionierendes Kita- und Ganztagsschulangebot angewiesen. Wer die Forderung nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf ernst nimmt, der muss dafür sorgen dass eben diese Angebote ausgebaut werden. Ohne ausreichende Kitaplätze ist es für Eltern meist kaum möglich, Arbeit und Familie miteinander in Einklang zu bringen. Gleiches gilt für Ganztagschulen. Die FREIEN WÄHLER fordern daher den konsequenten Ausbau von Kita- und Ganztagschulangeboten.

2.4. Schulsozialarbeit als Pflichtaufgabe des Landes!

Darüber hinaus fordern wir FREIEN WÄHLER, dass die Landesregierung alle Schulsozialarbeiterstellen, die mit Bundesmitteln aus dem zum Ende 2013 ausgelaufenen Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes im Saarland neu geschaffen wurden, in die Landesförderung zu übernehmen. Denn die Schulsozialarbeiter sind wichtige Ansprechpartner für Eltern, Schüler und Lehrer bei der Bewältigung schulischer, privater und häuslicher Probleme und Fragen. Gerade wenn beide Elternteile berufstätig sind, Kinder aus bildungsfernen Familien kommen oder die Zeit fehlt, über aufkommende Probleme – beispielsweise Lernschwächen oder Mobbing an Schulen – zu sprechen, brauchen die Kinder einen Ansprechpartner, der mit Sachverstand und Einfühlungsvermögen vertrauensvoll Hilfe bietet. Zugleich entlasten die Schulsozialarbeiter die Lehrer bei der individuellen Betreuung der Schüler.

3. Maßnahmen gegen Vollzugsdefizit

3.1. Personelle und materielle Stärkung der Polizei

Wir FREIEN WÄHLER sehen Sicherheit und Freiheit als Grundbedürfnisse aller Menschen an - und damit als erklärtes Ziel des staatlichen Handelns. Um dies ermöglichen zu können braucht es gut ausgestattete Sicherheitskräfte. Sie garantieren dem Staat und seinen Bürgern Schutz. Für diesen Einsatz wollen wir unseren Sicherheitskräften eine ausreichende Personalausstattung, leistungsbezogene Bezahlung, gute Aufstiegsmöglichkeiten, ausreichend Freizeit zwischen den Einsätzen sowie eine optimale Sachmittelausrüstung auf dem neuesten Stand der Technik gewährleisten. Menschen, die sich zur Aufrechterhaltung der Sicherheit in unserem Land in ihrem Beruf selbst besonderen Gefährdungen aussetzen, wie Polizisten, Feuerwehrleute oder Rettungskräfte, verdienen zudem unseren besonderen Schutz. Dafür müssen gegebenenfalls Strafvorschriften verschärft werden und die Betroffenen vor Gericht mehr Unterstützung finden. Die Personaldecke der Polizei im Saarland ist einfach zu dünn. Die Landesregierung hat zu lange bei der Polizei gespart. Dieses Personalproblem bei der saarländischen Polizei wird sich in den nächsten Jahren auch noch durch eine enorme „Pensionswelle“ und zusätzliche Aufgaben (Einrichtung von Sonderdienststellen bei Asylbewerberunterkünften) weiter vergrößern. Der Berg der Überstunden bei der saarländischen Polizei betrug zum 31. Dezember 2015 stolze 276.601 Stunden. Die Höhe des Krankenstandes bei der Polizei bezifferte die Landesregierung für das vergangene Jahr auf 61.383 Tage. Die Zahlen beziehen sich auf die knapp 3.360 Bediensteten der Polizei.

133 Polizisten müssten ein Jahr lang freigestellt werden, um diesen Berg abzutragen! Dies zeigt eindeutig, wie hoch die Polizei auf Verschleiß fährt. Wir FREIEN WÄHLER fordern daher:

- zusätzliche Polizeistellen in Saarland!
- eine leistungsbezogene Bezahlung und gute Aufstiegsmöglichkeiten!
- ausreichend Freizeit zwischen den Einsätzen und Abbau der Überstundenkonten!
- eine bessere Ausrüstung der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten; hier sehen wir erheblichen Nachholbedarf!
- härtere Strafen bei Gewalt gegen Amtsträger, insbesondere Polizisten.
- Die auch länderübergreifende Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden auf allen Ebenen zu verbessern und zu intensivieren.

3.2. Personelle und materielle Stärkung der Justiz

Wir FREIEN WÄHLER setzen uns dafür ein, dass der Rechts- und Justizstandort Saarland gestärkt wird. Wir erachten das Vertrauen der Bürger in die Unabhängigkeit der Justiz als eines der wichtigsten Güter in unserem Rechtsstaat. Sie gilt es unbedingt zu erhalten. Dies kann aber nur gelingen, wenn die verfehlte Sparpolitik beendet und der Justiz im Saarland wieder ein höherer Stellenwert eingeräumt wird.

Die saarländischen Richter und Staatsanwälte waren nach den offiziellen Personalbedarfsberechnungen im Jahre 2009 durchschnittlich mit einem Arbeitspensum von 110,2 % belastet. Im Jahre 2014 waren es immerhin noch 105,8 %. 2009 fehlten bei der Staatsanwaltschaft Saarbrücken 12,53 Staatsanwälte. 2014 fehlten sogar 15,76 Staatsanwälte. Beim Landgericht Saarbrücken fehlten 2009 8,52 Richter und 2014 immerhin noch 5 Richter.

Beim Landgericht Saarbrücken ist in diesem Jahr eine Verfahrenszunahme von rund 8 % zu verzeichnen. Nach der neuesten Personalbedarfsberechnung fehlen dem Landgericht derzeit etwa 9-10 Richter.

Die jetzt beabsichtigte Schaffung von fünf neuen Stellen für Richter und Staatsanwälte sehen wir als positiven ersten Schritt; sie ist aber nur ein Minimum an Maßnahmen, um der weiterhin bestehenden Überlastung entgegenzuwirken, zumal in den Jahren 2013 – 2016 bereits 9 Stellen eingespart wurden. Die beschlossene und notwendige Personalaufstockung bei der Polizei wird zwangsläufig auch zu einem erhöhten Verfahrensaufkommen bei den Gerichten führen. Angesichts der Tatsachen, dass der Bevölkerungsrückgang sich auch mit der Flüchtlingssituation nicht so entwickelt hat wie anfangs prognostiziert, ist auch der ursprünglich vorgesehene Stellenabbau in der Justiz nicht mehr zu rechtfertigen. Die Justiz sieht sich auch mit der Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs und der elektronischen Akte in den kommenden Jahren mit einer erheblichen Mehrbelastung konfrontiert.

Nicht erkennbar ist auch, wie die Schaffung dieser fünf neuen Stellen in Einklang zu bringen ist, mit der weiterhin bekundeten Absicht der Landesregierung, am geplanten Stellenabbau von insgesamt 40 Richter- und Staatsanwaltsstellen festzuhalten, wenn auch nunmehr in verzögerter Form. Werden also „lediglich“ 35 Stellen abgebaut?

Bundesjustizminister Heiko Maas betonte kürzlich, dass ein starke Justiz notwendig sei, dass es kein Gesetzes-, sondern eher ein Vollzugsdefizit gebe. Die Justiz müsse besser ausgestattet werden, um den Anspruch des Bürgers auf effektiven Zugang zum Recht einlösen zu können.

Das sehen wir FREIEN WÄHLER ähnlich und fordern daher:

- ersatzlose Aufgabe des weiterhin geplanten Abbaus von 40 Richter- und Staatsanwaltsstellen!
- personalbedarfsgerechte Schaffung zusätzlicher Stellen für Richter und Staatsanwälte!
- eine leistungsbezogene Bezahlung und gute Aufstiegsmöglichkeiten!
- eine bessere Ausrüstung der Justizangestellten; hier sehen wir erheblichen Nachholbedarf!
- keine Einmischung in Richterbesetzungsfragen durch die Landesregierung!
- stärkere Beachtung der Gewaltenteilung – die Justiz ist keine „nachgeordnete Behörde“!

4. Flüchtlinge und Asylbewerber

Mit Aufnahme der historisch hohen Zahl an Flüchtlingen und Asylbewerbern in den letzten beiden Jahren haben wir gleichzeitig eine große Verantwortung für diese Menschen aber insbesondere auch für die dauerhafte Funktionsfähigkeit unserer Gesellschaft übernommen. Eine weitere Diskussion, ob die Aufnahme in diesem Umfang gerechtfertigt und richtig war, kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt lediglich der Vergangenheitsbewältigung dienen, löst jedoch keinesfalls die aktuellen Probleme und Herausforderung der Zukunft.

Nicht zuletzt aus eigenem Interesse muss es unserer Gesellschaft gelingen, die auf Dauer aufgenommenen Menschen bestmöglich zu integrieren. Dies bedeutet aus Sicht der FREIEN WÄHLER jedoch keinesfalls die Aufgabe von eigenen Werten und Normen oder der eigenen Kultur. Nicht zuletzt ist es diesen doch zu verdanken, dass unser Land für viele Menschen auf der Welt so attraktiv geworden ist!

Darüber hinaus birgt die derzeitige Stigmatisierung aller Muslime nicht nur die Gefahr des Scheiterns aller Integrationsbemühungen, es fördert vielmehr massiv die Terrorgefahr im eigenen Land. Der Kampf gegen

islamistischen Terror und den IS ist nur mit den Muslimen zu gewinnen. Neben gut funktionierenden und vernetzten Sicherheitsorganen ist eine vernünftige Integrationspolitik die wirksamste Präventivmaßnahme zur Wahrung von Sicherheit.

Damit Integration gelingen kann, muss man Ängste der eigenen Bürger ernst nehmen, Lösungsansätze entwickeln und offen kommunizieren sowie sozialen Unfrieden verhindern.

Deshalb fordern wir FREIEN WÄHLER:

- Ganzheitlicher Integrationsansatz als vorbeugende Maßnahme vor Gettobildung und Terrorgefahr
- keine Vollverschleierung von muslimischen Frauen
als Zeichen der gesellschaftlichen Gleichberechtigung von Frauen in unserem Land
- flächendeckendes Angebot von islamischem Religionsunterricht in unseren Schulen
zur unverfälschten Aufklärung gegen verfehlte Hassbotschaften der Dschihadisten: Hierzu sind ausschließlich Lehrer einzusetzen, welche an europäischen Hochschulen ausgebildet wurden und europäische Staatsbürger sind. Der Unterricht hat in deutscher Sprache zu erfolgen.
- Intensive Förderung von Projekten gegen Extremismus, egal welcher Ideologie (Rechts-, Links- oder religiös motiviert)

Darüber hinaus fordern wir FREIEN WÄHLER als Maßnahmen gegen den sozialen Unfrieden

- Residenzpflicht für Asylbewerber
Zur Unterbringung von den in den vergangenen 1 ½ Jahren zugewiesenen Flüchtlingen und Asylbewerbern wurden im Rahmen des dringenden Sofortbedarfs durch die Kommunen Wohnraum, z.T. über den Zeitraum von 10-Jahren, angemietet (Flüchtlingswohnraumprogramm) bzw. Investitionen in eigenen Wohnraum getätigt. Wird es den Bedürftigen völlig freigestellt, wo sie sich aufhalten können, wird damit nicht nur die mit dem Zuweisungsschlüssel beabsichtigte Vermeidung von Ghettobildungen ad absurdum geführt, sondern birgt zusätzlich die Gefahr, dass bereits langfristig angemieteter Wohnraum dauerhaft leer stehen bleibt und damit die Unterbringung doppelt finanziert werden muss.
- Schaffung von neuem Wohnraum
Bereits vor der Aufnahme der Flüchtlinge gab es eine angespannte Lage im Wohnungsmarkt und hier insbesondere im Bereich der Sozialwohnungen. Nicht nur die unzureichende Anzahl an erforderlichen Sozialwohnungen war zu beanstanden, sondern darüber hinaus deren z.T. schlechter Zustand. Durch entsprechende Flüchtlingswohnraumprogramme wurden Wohnräume eigens zur Unterbringung von Flüchtlingen saniert/kernsaniert bzw. neu geschaffen. Trotz dieser unumstritten notwendigen Erfordernis ist es durchaus nachvollziehbar, dass sich einheimische Bedürftige in schlechter Wohnsituation durch diese Praxis benachteiligt fühlen. Dieses Ungleichgewicht muss durch entsprechende Investitionen in den sozialen Wohnungsbau ausgeglichen werden. Es besteht durchaus auch die Möglichkeit, neu geschaffenen, bzw. sanierten Wohnraum an einheimische Bedürftige zu vergeben und den freigewordenen Wohnraum für bedürftige Flüchtlingen zu nutzen.
- Vorrangig Sachleistungen vor Geldleistungen für Asylbewerber
...auch als präventive Maßnahme vor Missbrauch.

5. Förderung der ländlichen Strukturen

Der Erhalt und die Förderung der ländlichen Strukturen sind gerade vor dem Hintergrund der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes zum Lebens- und Wirtschaftsstandort von elementarer Bedeutung.

Insbesondere unsere ländlichen Regionen werden nicht zuletzt durch den demografischen Wandel vor große Herausforderungen gestellt: Jüngere, gut ausgebildete Menschen wandern in die Ballungsräume ab. Zurück bleiben die älteren Bevölkerungsgruppen. Für periphere ländliche Gebiete wird es zunehmend schwieriger, die Versorgung mit Kindergärten, Schulen, Einkaufsstätten, Kultur-einrichtungen oder Arztpraxen aufrechtzuerhalten.

Ziel muss es sein, den ländlichen Raum im Saarland zukunftsfähig, lebenswert und attraktiv zu gestalten und Fachkräfte auf die Vorzüge hinsichtlich Arbeitsplatz, Kultur, Gastronomie und Landschaft aufmerksam zu machen.

Eine Vielzahl an Projekten und Förderprogrammen (Förderperiode 2014-2020) der EU, des Bundes und auch des Landes sind an diesem wichtigen Ziel ausgerichtet. Die Förderperiode nähert sich allerdings bereits dem Ende seiner ersten Hälfte und noch sind nicht alle notwendigen Weichen gestellt.

6. Funktionierende Verkehrswege und Infrastruktur

Mobilität ist ein Grundbedürfnis unserer modernen Gesellschaft und wesentlicher Bestandteil für unsere Wohlstandssicherung. Gerade durch die zentrale Lage Deutschlands in Europa sind leistungsfähige Transportwege für die Bürger und die Wirtschaft unerlässlich, egal ob auf der Schiene, auf der Straße, zu Wasser oder in der Luft. Der chronisch unterfinanzierte Verkehrshaushalt muss besser ausgestattet werden, um die Projekte im Bundesverkehrswegeplan auch tatsächlich realisieren zu können. Unsere Mobilität ist im Wandel. Klimaschutz und neue Bedarfsentwicklungen für individuelle Mobilität, vor allem in Ballungszentren, erfordern eine nachhaltige Finanzierbarkeit und eine zunehmende Ökologisierung des Verkehrs. Verbrauchsarme Fahrzeuge bis hin zur Elektromobilität sind die Zukunft. Damit der Automobilstandort Deutschland als Leitmarkt und Leitanbieter für alternative Antriebstechniken fortentwickelt werden kann, setzen wir uns für die sinnvolle Weiterentwicklung der bislang teuren und eher ineffizienten Förderpolitik der Bundesregierung ein.

6.1. Schnelles Breitband als Pflichtaufgabe des Landes!

Der digitale Wandel ist für die heimische Wirtschaft von immer größerer Bedeutung. Die Bereitstellung von Breitbandanschlüssen in unterversorgten Gebieten ist durch das Versagen der Marktkräfte im Saarland eine politisch, technisch und wirtschaftlich anspruchsvolle Aufgabe. Obwohl das Saarland im Vergleich zu anderen Bundesländern grundsätzlich gut versorgt ist, existiert dennoch eine Reihe unterversorgte Gebiete, welche durch die Anbieter nicht oder nur sehr langsam mit Breitbandnetzen ausgebaut werden. Dies ist weder aus Sicht einer prosperierenden wirtschaftlichen Entwicklung noch bezüglich einer positiven gesellschaftlichen Entwicklung akzeptabel (vgl. „Breitbandstudie Saarland“, Broadband-Acadamy GmbH 2015).

Es ist längst überfällig, dass der Zugang zum Internet im Saarland flächendeckend bereitgestellt wird. Dies ist für Firmen, qualifizierte Arbeitsplätze und auch für viele Privathaushalte unverzichtbar. Wir FREIEN WÄHLER sehen deshalb den Zugang zum Breitband-Internet als Pflichtaufgabe des Staates im Bereich der Daseinsvorsorge an. Trotz den finanziellen Herausforderungen muss mittelfristig allen Bürgern in Saarland ein Internetzugang mit einer Geschwindigkeit von mindestens 50 Mbit/s ohne Drosselung ermöglicht werden.

6.2. Rettungsschirm für unsere Straßen und Brücken!

Ob in der Stadt oder auf dem Land, auf Autobahnen, Landstraßen oder Gemeindestraßen - überall das gleiche Bild: Schlaglöcher und notdürftig geflickte Risse. Hinzu kommen verfallende Brücken. Jahrelang wurde der Erhalt unserer Verkehrsinfrastruktur vernachlässigt. Längst überfällige Investitionen wurden verschoben und es wurde von der Substanz gelebt. Das rächt sich jetzt: Viele Straßen und Brücken im Saarland müssen dringend saniert werden – zu sehr hohen Kosten!

Aufgrund der durch statische Defizite notwendig gewordenen Sperrung der Fechinger Talbrücke kam es im März 2016 in der gesamten Region zu einem Verkehrschaos und zu einer unzumutbaren Belastung von Bürgern und Verkehrsnetz auf den Umleitungsstrecken. Allein dieses Ereignis zeigt drastisch auf, wie anfällig unsere Verkehrsinfrastruktur geworden ist.

Wollen wir künftigen Generationen ein solches Desaster hinterlassen? Wir FREIEN WÄHLER sagen dazu: NEIN!

Wir fordern einen Rettungsschirm für unsere Straßen. Denn wenn wir künftigen Generationen eine derart veraltete Infrastruktur hinterlassen, entziehen wir ihnen die Grundlage, um im globalen Wettbewerb bestehen zu können.

Wir FREIEN WÄHLER fordern deshalb eine Verstetigung der Finanzmittel für den Bestandserhalt und Nachholbedarf bei Bundesstraßen, Landstraßen, Brücken und Tunnelbauwerken sowie einen effizienteren Einsatz der vorhandenen Mittel. Dazu sollen zweckgebundene Infrastrukturfonds geschaffen werden, wie es bereits im Herbst 2013 auf der Sonder-Verkehrsministerkonferenz vorgeschlagen und beschlossen wurde. Für den Erhalt der Straßen und Brücken muss ein jährlicher Festbetrag bereitgestellt werden. Die Mittel dafür müssen haushaltsunabhängig auf Bundes- und Landesebene bereitgestellt werden. Dadurch kann die Finanzierung von notwendigen Unterhaltungsmaßnahmen verstetigt und gesichert werden. Auch ließe sich durch die gesicherte Einnahmequelle das Erhaltungsmanagement langfristig planen. So werden selbst überjährige Finanzierungen möglich.

6.3. Ausbau der Nordsaarlandstraße

Das Projekt Nordsaarlandstraße wurde bereits in den frühen 1990er Jahren angestoßen und sollte in erster Linie die Gemeinden Wadern, Weiskirchen und Losheim im Landkreis Merzig-Wadern für Unternehmen attraktiver machen, bestehenden Betrieben einen Verkehrsvorteil verschaffen, eine Abwanderung von Arbeitsplätzen vermeiden, einheimische Arbeitskräfte in der Region halten und dem Einwohnerschwund entgegenwirken.

Merzig hatte dabei eine Sonderrolle, da die Hauptverkehrsführung mittig durch die Stadt verläuft. Hier sollte eine neue Umfahrung realisiert werden, um Merzig zu entlasten. Die Realisierung dieser Umfahrung (Teilprojekt L158) kam 2012 ins Stocken. Mehrere Varianten wurden in einer Machbarkeitsstudie untersucht, jedoch konnte keine der untersuchten Varianten umgesetzt werden. Das Projekt wurde ohne Realisierung **alternativer Lösungsansätze daraufhin 2014 „zu den Akten“ gelegt.**

Die Realisierung dieses Teilprojektes würde nicht nur zu einer Neuordnung der Verkehrsströme im Norden des Saarlandes beitragen und zu einer spürbaren Verkehrsentlastung in den Ortsdurchfahrten Losheim, Bachem, Brotdorf und Merzig führen, sondern insbesondere die Attraktivität der nördlichen Regionen fördern und somit auch erheblich zur Förderung dieser ländlichen Regionen beitragen. Alleine für Merzig würde die Realisierung der Nordumfahrung eine Abnahme des Verkehrsaufkommens von ca. 5000 Fahrzeugen bedeuten.

Wir Freien Wähler sehen deshalb die Entwicklung und Realisierung alternativer Verkehrskonzepte zur Anbindung Nordsaarlandes an die A8 in Richtung Luxemburg und zur Entlastung der Ortsdurchfahrten und der damit einhergehenden Reduzierung an Lärm- und Abgasemissionen als längst überfällig und unverzichtbar.

6.4. Ausbau B41

Die B41 ist eine der wichtigsten Verbindungen im Nordsaarland und zu Rheinland-Pfalz und weist seit Jahren zweifelsfrei erhebliche Handlungsbedarfe auf. Traurige Rekorde hält diese Streckenführung nicht nur mit unerfüllten Versprechen, sondern ist bedauernswerter Weise auch bei der Unfallstatistik ganz weit vorne. Nicht nur der Teilabschnitt zwischen Neunkirchen und St. Wendel hat eine mit Autobahnen vergleichbare Verkehrsdichte, was den 4-spurigen Ausbau rechtfertigt, auch die Polizei verweist in Bezug auf die hohe Unfalldichte auf den mangelhaften Ausbau der Strecke. Darüber hinaus unterliegen die Ortskerne durch die fehlenden Ortsumgehungen u. a. von Neunkirchen, Wolfersheim und Ottweiler einer massiven Emissionsbelastung hinsichtlich Lärm und Abgasen.

Weder die Aufnahme einzelner Teilprojekte im Bundesverkehrswegeplan als vordringliche Maßnahme, noch das Aufstellen von Schildern am Straßenrand mit einer Auflistung der Verletzten und Toten! löst die anstehenden Herausforderungen nicht. Hier besteht im Interesse der Bürgerinnen und Bürger aber auch im Sinne der Verkehrssicherheit dringender Handlungsbedarf. Dabei gilt es insbesondere auch, die Bürgerinnen und Bürger vor Ort mitzunehmen und deren berechtigten Interessen zu berücksichtigen.

Wir FREIEN WÄHLER werden uns deshalb mit Nachdruck für die Umsetzung der notwendigen Teilprojekte zur Entlastung der Streckenführung und der Ortskerne ein.

6.5. Kapazitätsanpassung im saarländischen Autobahnnetz

Die Autobahnen im Saarland sind zum Teil deutlich an Ihren Kapazitätsgrenzen angelangt. Zur Aufrechterhaltung – aber auch um den gestiegenen Mobilitätsanforderungen gerecht zu werden – müssen alle erforderlichen Schritte unternommen werden, die vorhandenen Autobahnen bedarfsgerecht auszubauen. Nur so ist es möglich die heutigen hohen Staukosten auf diesen Strecken zu reduzieren und die wirtschaftliche Entwicklung im Saarland den entsprechenden verkehrstechnischen Erfordernissen zukunftsfähig zu gestalten.

6.6. Die Auftragsverwaltung im Verkehrsbereich stärken!

Die FREIEN WÄHLER wenden sich klar und deutlich gegen die vorgesehene und geplante Gründung einer Bundesfernstraßengesellschaft. Wir wollen die heutige Form der Auftragsverwaltung auf dem Boden des Grundgesetzes für diesen Themenkomplex erhalten wissen. Das föderale System fordert geradezu die Form und Aufrechterhaltung einer Auftragsverwaltung im Bereich des Straßenbaus. Eine zentrale Gesellschaft müsste sich mit den 16 länderspezifischen Details und Verwaltungsregelungen auseinandersetzen. Die Akteure der Länder im Rahmen der Auftragsverwaltung sind hier zu Hause, kennen die Details, kennen die handelnden Akteure, wissen und haben in der Vergangenheit mit der Umsetzung der Konjunkturprogramme bewiesen, dass Sie die Aufgabe bewältigt bekommen. Der tiefere Grund hinter dieser vorgesehenen Neuorientierung ist es, den Versicherungskonzernen eine deutlicher über der Wettbewerbslage erzielbare Rendite auf deren Einlagen zu ermöglichen. Eine aus Steuermitteln finanzierte Renditesicherung von Aktiengesellschaften und sonstigen Fonds sehen wir FREIEN WÄHLER allerdings nicht als unsere politische Aufgabe an und lehnen die Gründung einer Bundesfernstraßengesellschaft daher ab.

7. Öffentlichen Personenverkehr

Ein funktionsfähiger Personennah- und Fernverkehr ist für die Attraktivität unseres Landes als Lebens- und Wirtschaftsstandort unverzichtbar. Der Mobilitätsbedarf hat sich in den vergangenen Jahren deutlich gewandelt; das eigene Auto als Statussymbol tritt bei der jungen Generation zunehmend zugunsten einer funktionierenden und kostengünstigen Bedarfsdeckung in den Hintergrund. Ein ineinander greifendes, intelligentes, bedarfsgerechtes und bezahlbares Verkehrskonzept ist somit ein unverzichtbarer Beitrag zur Lösung vieler anstehender Herausforderungen:

- Förderung und Stärkung der ländlichen Strukturen durch bedarfsgerechte Verkehrsanbindung
- unverzichtbare Voraussetzung für attraktiven Tourismus
- Reduzierung von schädlichen Abgas- und Lärmemissionen
- Innerörtliche Verkehrsentlastung
- Schaffung seniorengerechter Mobilitätsangebote
- Voraussetzung auf dem Weg zum attraktiven Wirtschaftsstandort Saarland

7.1. ÖPNV

Derzeit verhindert nicht zuletzt der Kompetenzdschungel im saarländischen ÖPNV die Umsetzung bedarfsgerechter und bezahlbarer Angebote.

Wir Freien Wähler wollen deshalb den ÖPNV im Saarland von Grund auf neu gestalten:

- ein landesweiter Verkehrsverbund
- ausreichend finanziert
- bedarfsgerecht abgestimmt
- für den Nutzer finanziell attraktiv

Der ÖPNV der Zukunft ist hochflexibel, vernetzt Bus, Bahn und Car-Sharing-Angebote mit privaten Verkehrsmitteln wie Auto und Fahrrad und erschließt das Land bedarfsgerecht, einfach, bequem und preiswert. Er nimmt eine Schlüsselfunktion ein auf dem Weg zur Verkehrswende, bei der Gestaltung des demographischen Wandels und nicht zuletzt bei der wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes ein.

7.2. Schienenfernverkehr

Mit der Privatisierung der Deutschen Bahn 1994 sollte das Angebot im Schienenverkehr deutlich verbessert werden und mehr Menschen auf die Schiene gebracht werden. Inzwischen muss nüchtern festgestellt werden: das Gegenteil ist der Fall.

Gerade wir im Saarland mussten in den letzten Jahren eine stetige Abkopplung vom Fernverkehr hinnehmen. Die Anbindung des Saarlandes an die Metropolregionen Rhein-Main, Rhein-Neckar und Rhein-Ruhr sind äußerst schlecht. Neben dem Fernverkehr Paris-Mannheim-Frankfurt existiert nur noch je ein einzelner Zug nach Frankfurt, Stuttgart, Heidelberg, Leipzig und Graz. Die wichtige Saarstrecke mit den Städten Völklingen, Saarlouis, Dillingen, Merzig in Richtung Köln ist ganz vom Fernverkehr abgeschnitten, ganz zu schweigen von der Nahetalbahn oder der ehemals wichtigen Verbindung über Zweibrücken/Landau in den süddeutschen Raum.

Verbindungen in die Metropolregion Rhein-Ruhr und weiter in den Benelux-Raum sind nur mit Regionalzügen bzw. dem Fernbus oder mit einem beträchtlichen Umweg über die Schnellfahrstrecke Köln-Rhein/Main möglich. Dies muss sich im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger schnellstmöglich ändern.

Wir brauchen zwingend eine verbesserte und dauerhafte Anbindung an den bundesweiten und auch internationalen Fernverkehr, verbunden mit kluger tariflicher Kopplung und intelligenter Abstimmung an den Nahverkehr. Hierfür setzen sich die FREIEN WÄHLER ein.

8. Ärztemangel stoppen – wohnortnahe Gesundheitsversorgung erhalten

Der Ärztemangel auf dem Land muss gestoppt werden. Wir FREIEN WÄHLER wollen eine wohnortnahe und flächendeckende Gesundheitsversorgung im ganzen Saarland erhalten. Ländliche Regionen müssen gezielt gestärkt werden, damit kein Ungleichgewicht zwischen Stadt und Land entsteht. Eine Versorgungslücke kann nur in Zusammenarbeit mit freiberuflichen sowie niedergelassenen Haus- und Fachärzten, Apothekern und Therapeuten verhindert werden. Wir FREIEN WÄHLER wollen den Ärztemangel besonders auf dem Land bekämpfen, indem wir die Arbeitsbedingungen der Ärztinnen und Ärzte vor Ort verbessern. Durch eine solide und verlässliche Finanzierung wollen wir den Erhalt und Ausbau kommunaler Krankenhäuser als elementarer Bestandteil der Daseinsvorsorge in erreichbarer, wohnortnaher Entfernung sichern und die Vielfalt der Versorgung bewahren.

Wir FREIEN WÄHLER fordern zudem eine angemessene Finanzierung und unbürokratische Zulassung von Notärzten. Das Land braucht eine flächendeckende und funktionierende Notarztversorgung. Weiße Flecken auf der Landkarte gefährden das Leben unserer Bürger! Die Bevölkerung muss darauf vertrauen können, dass ein Notarzt immer dann zur Stelle ist, wenn er gebraucht wird. Umgekehrt muss sich der Notarzt auf seine Honorierung verlassen können.

Um den sich abzeichnenden Ärztemangel, insbesondere in ländlichen Regionen, entgegen zu wirken, müssen wir engagierte junge Menschen für den Arztberuf interessieren. Alleine die Anwerbung ausländischer Ärzte kann nicht die Lösung des Problems sein. Das Arzt-Patienten-Verhältnis beruht primär auf dem tiefen Vertrauen in die Person und deren fachlichen Fähigkeiten als Arzt; wenn bereits durch z.T. mangelhafte Sprachkenntnisse keine unmissverständliche Kommunikation stattfinden kann, wird diese notwendige Vertrauensbasis nicht aufgebaut werden können.

Es muss gelingen, die Bewerberauswahl derart durchzuführen, dass gerade diejenigen einen Studienplatz erhalten, die sich auch tatsächlich später als Arzt niederlassen möchten und nicht in die Forschung oder zur Pharmaindustrie gehen wollen. Das bedeutet, dass Kriterien wie eine abgeschlossene Berufsausbildung, beispielsweise als Krankenschwester oder Rettungssanitäter, stärker ins Gewicht fallen müssen. Wenn die Anzahl der Studienabsolventen steigt, die auch tatsächlich Arzt werden wollen, nimmt auch die Chance zu, dass sie sich im ländlichen Raum niederlassen. Um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, muss aber auch über den Ausbau finanzieller Anreize für die Niederlassung von Ärzten auf dem Land nachgedacht werden.

9. Verlässliche Energiepolitik für Saarland

Die Energiewende und der wachsende europäische Energiehandel stellen die deutschen Strom- und Gasnetze vor große Herausforderungen. Die Sicherheit der leitungsgebundenen Versorgung mit Elektrizität und Gas ist hierbei das zentrale Ziel. Dazu müssen Strom- und Gasnetze in der Lage sein, ihre Transportaufgaben zu erfüllen. Weiterhin notwendig sind ausreichende Erzeugungskapazitäten zur Deckung des prognostizierten Energiekonsums. Ausschlaggebend sind belastbare Netzstabilität-Regelungsmechanismen, die auch dann die Versorgungssicherheit gewährleisten, wenn sich Einspeisungen in und Entnahmen aus dem Netz nicht die Waage halten. Zudem müssen die Netze hinreichend gegen Eingriffe Dritter abgesichert sein. Eine angemessene Dezentralisierung der Energiegewinnung dient ebenfalls der Versorgungssicherheit. Nicht zu vergessen: das Energiesparen ist eine der

effektivsten Methoden an der Lösung des Energieproblems. Es mindert den Ressourcenverbrauch und verhindert Energieverschwendung.

9.1. Ausbau der dezentralen Energiegewinnung!

Das Jahrhundertprojekt Energiewende wird nur mit einer verlässlichen und durchdachten Energiepolitik gelingen. Energieversorgung und Klimaschutz sind zentrale Zukunftsaufgaben für unsere Gesellschaft. Eine regionale, effiziente und für alle bezahlbare Versorgung durch erneuerbare Energien sowie nachhaltige Klimaschutzmaßnahmen sind uns ein besonderes Anliegen. Wir FREIE WÄHLER fordern, insbesondere die Forschung und Entwicklung im Bereich der erneuerbaren Energien ambitioniert zu unterstützen. Wir treten daher für einen effizienten und umweltschonenden Ausbau der erneuerbaren Energien ein. Wir FREIEN WÄHLER wollen Bürger und Kommunen dabei einbinden, damit die Energieerzeugung ein lokaler Wirtschaftsfaktor wird. Je mehr regenerative Energie im Saarland dezentral erzeugt wird, desto niedriger ist der Bedarf an neuen Höchstspannungsleitungen. Hinsichtlich geplanter neuer Stromtrassen fordern wir umfassende Transparenz. Auch die Kommunen sollen in diese Debatte umfassend mit einbezogen werden. Die Planung und Umsetzung der Energiewende dürfen nicht über die Köpfe der Bürger hinweg erfolgen!

Wir FREIEN WÄHLER erachten eine Dezentralisierung der Energiegewinnung für wichtig. Sie vermeidet Leistungsverluste, schafft regionale Arbeitsplätze und bietet Kommunen eine Chance, durch regionale Stadtwerke an der Wertschöpfung teilzuhaben. Dennoch sollen Windkraft- und Photovoltaikanlagen an geeigneten Standorten konzentriert werden, um ein weiteres Zerreißen gewohnter Landschaftsbilder zu vermeiden.

Darüber hinaus fordern Wir FREIEN WÄHLER:

- Abstand Windkraftanlagen nach der seit 2014 in Bayern geltenden sogenannten „10-H-Abstandregelung“ (Der Abstand von neu gebauten Windkraftanlagen zu Wohnhäusern muss das Zehnfache der Gesamthöhe der Windkraftanlage betragen)!
- Keine Windkraftanlagen in Naturschutz- oder Waldgebieten!
- Der Abstand von Windkraftanlagen zu Vogel- oder Naturschutzgebieten muss ebenfalls der 10-H-Abstandregelung entsprechen!
- Auch der Abstand von Industrieanlagen zur oberirdischen Rohstoffgewinnung (wie Steinbrüche) zu Naturschutzgebieten muss mindestens 800 Meter betragen!

Wir FREIEN WÄHLER treten für effiziente Maßnahmen zur Energieeinsparung, die Stärkung von Bürgergenossenschaftsmodellen in der Energieerzeugung und flexible Programme zur energetischen Gebäudesanierung ein. Die verbrauchsnahe Erzeugung soll durch einen sinnvollen Energiemix gestaltet werden.

9.2. Ausbau und Förderung von Energie-Speicher-Technologien!

Viele erneuerbare Energien wie z. B. Windkraft und Solarenergie können nicht kontinuierlich in gleichem Ausmaß gewonnen werden. Die Speicherung von Energie ist deshalb eine bedeutende Herausforderung im Zusammenhang mit der Energiewende sowie der Versorgungssicherheit. Die Speicherung erneuerbarer Energien ist erforderlich für den Fluktuationsausgleich und die Netzstabilität. Die Lösung liegt in der Energiespeicherung. So kann auch zu Zeiten mit einem geringen Angebot an Energie aus regenerativen Quellen (z. B. Windflaute) die Nachfrage gedeckt werden. Die Förderung der technologischen Entwicklung (z. B. Speichermedien, Nutzung der Geothermie) und des Ausbaus der Energiegewinnung aus erneuerbaren Energien sowie der Power-to-Gas-Technologie müssen vorangetrieben werden. Denn nur, wer von Energieimporten und damit von steigenden Preisen unabhängig ist, kann sich der regionalen Versorgungssicherheit und Preisstabilität sicher sein.

9.3. Elektromobilität voranbringen!

Elektrofahrzeuge sind gerade in städtischen Regionen eine hervorragende Alternative zu herkömmlichen PKW und LKW um Treibhausgas- und Feinstaubemissionen einzusparen. Die gesetzten Klimaschutzziele können jedoch nur erreicht werden, wenn regenerativ erzeugte Energie auch dazu verwendet wird, Elektromobilität zu ermöglichen. Um das Ziel der Bundesregierung, innerhalb der nächsten zehn Jahre Deutschland zum Leitmarkt für Elektromobilität zu entwickeln, erreichen zu können, bedarf es aber noch erheblicher Anstrengungen zur Einführung und Förderung der Elektromobilität im Saarland. Wir FREIE WÄHLER fordern:

- den Ausbau des Tankstellennetzes für Elektrofahrzeuge nach einem Stufenplan (1. Stadt/Gemeinden, 2. Umgebung, 3. Land oder Weistrecken).
- Der Ausbau des Tankstellennetzes muss möglichst zeitgleich von unten, also von den Kommunen heraus begonnen werden. Dies kann auf öffentlichen Parkplätzen, in Parkhäusern und an Car-Sharing-Plätzen erfolgen.
- einheitliche „Stecker“-Normen und Ladesysteme für die "Betankung" der Elektrofahrzeuge und die Beseitigung von Rechtsunsicherheiten im Straßenverkehr bei Betrieb von Elektrofahrzeugen.
- Schilder für E-Tankstellen sind einzurichten und/oder mit den bisherigen Tankschildern zu vereinheitlichen.
- die Förderung von Forschung und Entwicklung in diese Fahrzeuge und die erforderliche Batterietechnologie zu intensivieren.

10. Unsere Heimat Saarland

10.1. Kultur und Brauchtum aktiv fördern!

Die kulturelle Vielfalt ist ein Markenzeichen vom Saarland. Wir FREIE WÄHLER wollen Kunst und Kultur aktiv pflegen und fördern. Damit sollen Tradition und Brauchtum bewahrt und die geistigen Werte des Landes auch für nachfolgende Generationen gesichert werden. Dazu gehören für uns der Erhalt und die Pflege von Baudenkmälern sowie die Förderung von Museen und Galerien, Theater und Kino. Orchester und Musikvereine sind für uns genauso wichtig wie Bibliotheken und Archive.

Auch im kulturellen Leben kommt für uns den Kommunen eine tragende Rolle zu: Dort spielt sich das kulturelle Leben ab. Wir FREIEN WÄHLER wollen deshalb Fördermittel möglichst dezentral und gerecht verteilen, damit sie allen zugutekommen. Gleichwertige Lebensbedingungen bedeutet für uns auch, das kulturelle Angebot im ländlichen Raum zu stärken. Nur so kann die kulturelle Vielfalt als Markenzeichen unseres Heimatlandes in den einzelnen Regionen erhalten und gestärkt werden.

10.2. Anerkennung ehrenamtlichen Engagement

Im Saarland gibt es eine Vielzahl von Menschen, die in ihrer Freizeit ein Ehrenamt ausüben und dabei Enormes leisten. Oft werden ehrenamtlich Tätige wichtige Aufgaben erfüllt, welche eigentlich der Staat durch Beschäftigung von hauptberuflichem Personal erfüllen und damit auch bezahlen müsste. Der ehrenamtlich Tätige hingegen bekommt in der Regel nichts für sein Engagement.

Das Ehrenamt ist ein unverzichtbares soziales Bindeglied der Gesellschaft und muss entsprechende Anerkennung und auch Förderung erfahren. Hierzu ist es notwendig, auch finanzielle Anreize zu schaffen, ohne dabei die Vereine oder ehrenamtliche Institutionen finanziell zusätzlich zu belasten.

Die FREIEN WÄHLER sind deshalb der Auffassung, dass es ehrenamtlich tätigen Personen als Funktionsträgern u.a. möglich sein muss, eine Ehrenamtspauschale steuerlich geltend zu machen, ohne deren Vereine oder ehrenamtlichen Institutionen eine Aufwandsentschädigung zahlen müssen.

10.3. Schöpfung bewahren und die natürlichen Lebensgrundlagen schützen!

Eine gesunde Umwelt ist kein Selbstzweck, sondern sichert und verbessert nachhaltig das Zusammenspiel zwischen Natur-, Lebens- und Wirtschaftsräumen für die Menschen heute und für künftige Generationen. Wir FREIEN WÄHLER wollen die Schöpfung bewahren und die natürlichen Lebensgrundlagen schützen. Wir sind uns unserer Verantwortung für die nachfolgenden Generationen bewusst. Umweltpolitik beginnt im Bewusstsein der Bürger vor Ort und muss bis in die internationale Politik hinein verfolgt werden. Wir FREIEN WÄHLER stehen für:

- die Bewahrung unserer heimischen Natur- und Kulturräume durch ihre nachhaltige Weiterentwicklung.
- den grundsätzlichen Verzicht auf genveränderte Lebens-, Saat-, und Futtermittel.
- eine frühzeitige Einbindung von Bürgern und Kommunen bei der Planung von Großprojekten und der Ausweisung großflächiger Schutzgebiete.
- eine intelligente Reduzierung des Flächenverbrauchs und der Flächeninanspruchnahme für Verkehrs- und Siedlungsentwicklung.

10.4. Kein „Fracking“ im Saarland!

Fracking ist ein Verfahren, mit dem sich Erdgas, Erdöl oder Kohleflözgas aus undurchlässigem Gestein lösen lassen. Dazu wird mittels Bohrungen und hohem Druck ein Gemisch aus Wasser, Quarzsand oder Keramikkügelchen und Chemikalien in die gas- oder ölführenden Gesteinsschichten gepresst. Der Flüssigkeitsmix, dessen Druck und die hohe Temperatur in der Erde sorgen dafür, dass das Gestein durchlässig wird. Was auf den ersten Blick wie eine einfache Möglichkeit zur Förderung von Brennstoffen aussieht, hat eine dunkle Kehrseite: Der eingesetzte Chemikalienmix ist teilweise hochgiftig. Seine Zusammensetzung unterliegt keiner Veröffentlichungspflicht. Gutachter sind bei der Beurteilung der eingesetzten Stoffe auf freiwillige Auskünfte von Herstellern angewiesen.

Wird zudem der an der Bohrstelle zurückgewonnene Chemikalienmix (Flowback) in behördlich zugelassenen Versenkbohrungen in bis zu 700 Metern Tiefe gepresst, können durch das Fracking auch grundwasserführende Schichten durchstoßen werden. Das kann zu einer Vergiftung des Trinkwassers führen, wenn der giftige Chemikalienmix durch Risse unkontrolliert in die grundwasserführenden Schichten eindringt.

Wir FREIEN WÄHLER sagen: Fracking beinhaltet unkalkulierbare Risiken für Mensch und Natur und darf deswegen in Saarland nicht zur Anwendung kommen! Es gibt genügend Alternativen zum Fracking, wie die Gewinnung von „Windgas“ und „Solargas“ mittels „Power-to-Gas“-Verfahren sowie die Gewinnung von künstlich erzeugten Kraftstoffen mittels „Power-to-Liquid“-Technik. Wir FREIEN WÄHLER fordern:

- ein Echtes und ausnahmsloses Frackingverbot!
- eine systematische Förderung und den systematischen Aufbau eines sicheren, dezentralen Systems zur Versorgung mit Energie durch einen intelligenten Energiemix.
- eine konsequente Erforschung von umweltfreundlichen Techniken zur Gewinnung von
- ‚Windgas‘ und ‚Solargas‘ mittels ‚Power-to-Gas‘-Verfahren sowie von künstlich erzeugten
- Kraftstoffen mittels ‚Power-to-Liquid‘-Technik im Saarland.

10.5. Keine Privatisierung unseres Trinkwassers!

Bei einer Privatisierung der Wasserversorgung wittern internationale Konzerne das große Geschäft. Der Wasserpreis wird erhöht, die Managergehälter steigen, am Leitungsnetz wird gespart, die Wasserqualität sinkt. Dies ist keine Zielvorstellung der FREIEN WÄHLER! Deswegen sagen wir: Die Wasserversorgung gehört zur öffentlichen Daseinsvorsorge und muss in kommunaler Verantwortung bleiben – ohne Bevormundung durch die Europäische Union.

In vielen Ländern, z. B. in Großbritannien, und auch in deutschen Städten wie Berlin und Potsdam hat die Privatisierung der Wasserversorgung zu Verschlechterungen geführt. Die Wasserpreise für Bürger sind gestiegen und große Gewinne der Konzerne stehen neben einer mangelnden Versorgungssicherheit für die Menschen. Doch der Mensch muss im Mittelpunkt der Politik stehen – nicht die Interessen Einzelner auf Kosten der Allgemeinheit.

Deshalb sind wir FREIEN WÄHLER gegen die völlige Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge, wie Wasserversorgung, Energie, Gesundheitswesen, Bahn, Verkehrsnetze oder Müllentsorgung. Es hat sich gezeigt, dass nach der Privatisierung dieser Bereiche langfristig die Kosten bzw. Abgaben enorm steigen, während die Qualität sinkt.

10.6. Effiziente Mülltrennungen nach dem „Trierer Modell“!

Wir wollen und brauchen keine Biotonne, die stinkt, Platz vor unseren Häusern beansprucht und ökologisch keinen Vorteil bringt. Stattdessen fordern wir FREIEN WÄHLER, das „Trierer Modell“ einzuführen. Dabei werden Restabfall und Bioabfälle gemeinsam sinnvoll verwertet bzw. zu hochwertigen Ersatzbrennstoffen verarbeitet. Durch eine zusätzliche Sortieranlage könnten z. B. Wertstoffe aber auch die Bioabfälle gezielt aussortiert werden. Dass Letzteres funktioniert, wurde in einem einjährigen Großversuch, der bundesweit Wellen schlug und von dem Bund und dem Land Rheinland-Pfalz finanziell unterstützt wurde, wissenschaftlich nachgewiesen. Dabei hat sich auch erwiesen, dass Maschinen dies zuverlässiger erledigen als der Mensch. Oft ist den Verbrauchern gar nicht klar: Was kommt in den Gelben Sack? Was muss in die Restmülltonne?

10.7. Für eine gesunde Land- und Forstwirtschaft und eine Stärkung des Weinbaus!

Eine gesunde Land- und Forstwirtschaft ist eine Grundvoraussetzung eines lebensfähigen und lebens- und liebenswerten ländlichen Raums, der Heimat bietet. Land- und Forstwirtschaft mit all ihren Bereichen stellen nicht nur die Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen Nahrungsmitteln sicher, sondern erfüllen außerdem unersetzbare wirtschaftliche, soziale und umweltbezogene Aufgaben. Sie sind die tragenden Säulen der regenerativen Energien. Bis hin zum Tourismus bieten die Land- und Forstwirtschaft auch eine Vielzahl von Arbeitsplätzen. Wir FREIEN WÄHLER sprechen uns für ein agrotechnisch anbaufreies Saarland aus, da die Risiken weder ausreichend erforscht noch abschätzbar sind. Wir stehen für Planungssicherheit und somit für eine gesicherte Zukunft der nachhaltigen, bäuerlichen Landwirtschaft.

Wir FREIEN WÄHLER fordern:

- den Erhalt einer flächendeckenden und bäuerlich strukturierten Landwirtschaft und die
- Stärkung der Familienbetriebe;
- eine Steigerung der Wertschöpfung in der Region durch den Absatz regionaler und nachhaltiger Qualitätsprodukte;
- eine Kooperation mit den Landwirten anstatt überbordende ordnungspolitische Vorgaben und ausufernde gesetzliche Regelungen im Umwelt- und Naturschutz;
- Vermarktungsstrukturen, um die Bauern innerhalb der Wertschöpfungskette zu stärken;

- die Stärkung der Marktposition der Bauern, z. B. durch freiwillige Bündelung;
- Flexibel einsetzbare Marktordnungselemente, um auf Marktverwerfungen schnell reagieren zu können;
- ein mittelfristig agrotechnikfreies Saarland, Deutschland und Europa zugunsten einer nachhaltigen Land- und Forstwirtschaft;
- einen Bürokratieabbau auch in der land- und forstwirtschaftlichen Verwaltung.
- die Anpassung der EU-Biopatentrichtlinie, um Patente auf Tiere und Pflanzen einzuschränken;
- die Förderung von benachteiligten Gebieten mit erschwerten Bewirtschaftungsbedingungen;
- die Stärkung des Weinbaus in Steil- und Hanglagen an der Saar als Garant für die Kulturlandschaft;
- den Erhalt des § 13a Einkommenssteuergesetz zur Erhaltung der kleinbäuerlichen Strukturen;
- die Schaffung weiterer Anreize in der Waldwirtschaft, um die Wälder nachhaltig zu bewirtschaften und vor zerstörerischen Eingriffen zu schützen, in enger Zusammenarbeit mit den Waldbesitzern, Jägern und Förstern vor Ort.

11. Mehr Bürgerbeteiligung, direkte Demokratie stärken

Die Bürger müssen die zentralen Gestalter der Politik werden. Wir FREIEN WÄHLER stehen daher für den massiven Ausbau direkter Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger in der Politik. Politik lebt von dem Engagement und der Gestaltungsbereitschaft der Bürger. Wir sind nicht nur davon überzeugt, dass mehr direkte Demokratie zu besseren politischen Entscheidungen führen wird sondern auch dass unsere Bürger entgegen anderslautender Positionen dieser wichtigen Verantwortung durchaus auch gerecht werden. Wir FREIEN WÄHLER fordern:

- die Hürden für Volksbegehren und Volksentscheid zu senken.
- die Direktwahl des Ministerpräsidenten vom Saarland.
- die Einführung flexibler Listen, die es den Wählern ermöglichen, bestimmte Kandidaten durch Vergabe mehrerer Stimmen nach vorne zu wählen (Kumulieren der Stimmen) und auch Kandidaten anderer Listen zu wählen (Panaschieren).

Das Internet bietet zudem neue Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung und Transparenz sowie bequemerer Abwicklung politischer und administrativer Abläufe. Wir FREIE WÄHLER sehen in „E- Gouvernement“ eine große Chance direktdemokratische Beteiligungsmöglichkeiten zu etablieren und Verwaltungsabläufe zwischen Staat und Bürger sowie zwischen Behörden einfacher und nachvollziehbarer zu gestalten. Politische Beteiligung, Information und transparente Verwaltungsabläufe sind Voraussetzungen dafür, dass die Bürger verantwortlich mitgestalten können und die Akzeptanz von politischen Entscheidungen erhöht wird.

11.1. TTIP und CETA sind Gefahr für Demokratie und Rechtsstaat!

Mit den beiden Handelsabkommen CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement) und TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership), die mit Kanada bzw. den USA abgeschlossen werden sollen, plant die EU Arbeitsplätze zu schaffen und das Wirtschaftswachstum zu steigern. Doch in Wirklichkeit profitieren von den Abkommen nicht die Bürgerinnen und Bürger, sondern große Konzerne.

Wir FREIEN WÄHLER sagen: Menschen- und Bürgerrechte stehen über Freihandelsabkommen. In ihrer jetzigen Form sind die beiden Abkommen eine Gefahr für Demokratie und Rechtsstaat. Freiheitsrechte dürfen nicht zur Disposition von Unternehmen gestellt werden, Freihandel muss grundrechtskonform sowie auf niederschwelligerem

Vertragsniveau ausgestaltet sein. TTIP und CETA dürfen auch nicht in Hinterzimmern ausgekungelt werden, sondern müssen in einer breiten öffentlichen Debatte diskutiert werden!

Insbesondere sehen wir die Gefahr, dass politisch erkämpfte Standards und Schutzrechte für Bürgerinnen und Bürger nach Abschluss der Abkommen kaum mehr das Papier wert sind, auf dem sie geschrieben stehen und stattdessen ein Eldorado für Investoren geschaffen wird, in dem diese grenzenlos und völlig ungehindert von Umweltauflagen, Arbeitnehmerrechten und dem Verbraucherschutz schalten und walten können. Insbesondere der Mechanismus zur Beilegung von Investor-Staat-Streitigkeiten verlagert unserer Meinung nach die Gerichtsbarkeit auf die Wirtschaftsebene und schafft eine dem Gewaltenteilungsprinzip widersprechende Sondergerichtsbarkeit. Dieses „Tribunal“ wäre befugt, über hohe Entschädigungsforderungen der Unternehmen zu befinden. Gegen seine Entscheidungen soll es keine Anfechtungsmöglichkeiten geben. TTIP und CETA sind in ihrer jetzigen Form daher eine Gefahr für Demokratie und Rechtsstaat!

Kritisch sehen wir, dass mit CETA und TTIP auch die öffentliche Daseinsvorsorge gefährdet wird, weil etwa kommunale Wasserwerke Monopolbetriebe und kommunale Beschaffungen in der Region eine Diskriminierung von Investoren darstellen könnten. Dies ginge auch zulasten der klein- und mittelständischen Betriebe und der ländlichen Räume in Saarland. Wir FREIEN WÄHLER fordern daher:

- CETA im Bundesrat zu kippen
- TTIP in der derzeitigen Form nicht unterschreiben!
- Freihandel nur auf niederschwelligem Niveau ermöglichen!
- Verhandlungen dazu nur öffentlich und transparent führen!

Wir sind bereit
die Zukunftsfragen des Saarlandes
gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern zu beantworten.

Nutzen Sie Ihre Chance
und unterstützen Sie uns am 26. März 2017 mit Ihrer Stimme!

Wählen Sie
FREIE WÄHLER